



Valencia

Entwicklung eines ambitionierten Migrationskonzepts

Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1 Valencia: Zufluchtsstadt. Zivilgesellschaft und Institutionen arbeiten Hand in Hand

3.2. Das Projekt 'Laut gegen Rassismus':
Zusammenarbeit mit Valentias Bildungssystem

3.3. Valencianisches Programm für den integralen Schutz und die Erstaufnahme von Migrant:innen und Geflüchteten

3.4. Das Valencia 'Inclou Project' (Inklusives Valencia)

3.5. 'Agermanament Comunitari Valencia': Ein Beispiel für gemeinschaftliche Zusammenarbeit für koordinierte Aufnahmeprozesse

4 Interessenvertretung und Vernetzung

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

1. Zusammenfassung und Kernaussagen

Wichtigste Erkenntnisse:

1

Die Einrichtung der ersten Migrationsabteilung in Valencia im Jahr 2015 ermöglichte eine starke politische Unterstützung und Koordination in Migrationsbelangen.

2

Migrant:innen, Migrant:innenverbände und NGOs sind nicht nur passive 'Nutznießer:innen', sondern dank der neu geschaffenen Partizipationsstrukturen als wichtige Akteure eingebunden.

3

Die neue Verwaltung baute eine enge Zusammenarbeit zwischen der Regionalregierung, den lokalen Behörden und den Organisationen der Zivilgesellschaft auf.

Was ist das Besondere an dieser Stadt?

Von Null auf Hundert: Die neugewählte progressive Regierung entwickelte 2015 einen ehrgeizigen Ansatz, der die Migrationspolitik von Grund auf erneuerte. Die Stadt vereinfachte bürokratische Verfahren und ermöglichte die Beteiligung von Migrant:innen und Organisationen der Zivilgesellschaft an politischen Prozessen. Dabei sind nicht nur die einzelnen politischen Pakete inspirierend, vielmehr überzeugt der gesamte Ansatz. Aufgrund mangelnder Initiative der vorherigen konservativen Regierung gab es vor 2015 keine wirkliche Migrationspolitik.

Was ist der Schwerpunkt der lokalen Migrationspolitik?

Neuerfindung der kommunalen Verwaltung: drei Elemente charakterisieren Valencias Migrationsansatz:

- ◆ Nach Jahrzehnten konservativer Regionalpolitik (1991-2015), schuf die neue progressive Stadtverwaltung die Abteilung für Sozialrechte und Inklusion. Erstmals umfasste sie auch ein Migrationsportfolio, das einen vereinfachten Einstieg in die komplexen und bürokratischen Prozesse von Migration und Integration schaffen sollte. Das Programm erhöhte die Sichtbarkeit und die politische Unterstützung für Migration.

- ◆ Im Jahr 2016 wurde eine neue Partizipationsstruktur ins Leben gerufen: **der Gemeinderat für Zuwanderung und Interkulturalität** ist als beratendes und repräsentatives Gremium konzipiert und soll auch migrantische Stimmen in den politischen Entscheidungsprozess einbeziehen.
- ◆ Die Stadt wählte einen Multi-Level- und Multi-Akteur-Ansatz, der die Zusammenarbeit zwischen der Regionalregierung, der Stadt Valencia, zivilgesellschaftlichen Organisationen und NGOs verbessert. Das Programm bündelt die Stimmen vieler Akteure und fordert von der nationalen Regierung mehr Kompetenzen und Ressourcen auf lokaler Ebene ein, um Migrationsfragen wirksam bewältigen zu können.

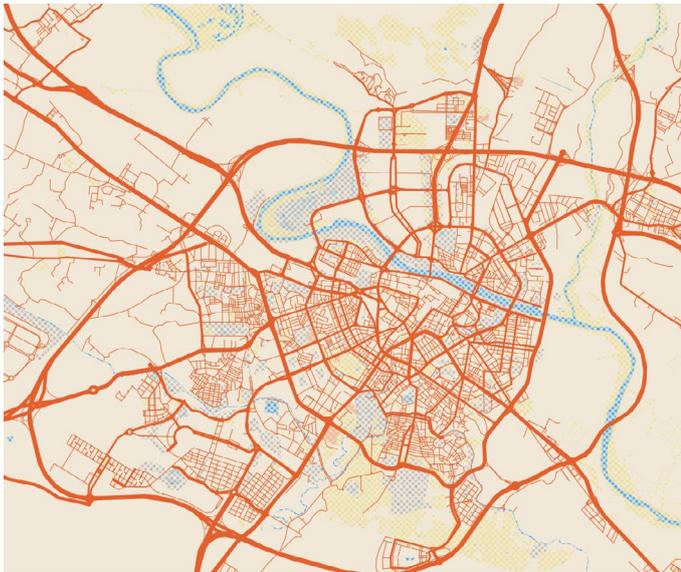
Was können andere Akteure von Valencia lernen?

Einbindung aller Interessengruppen in politische Prozesse: Valentias migrationspolitischer Ansatz ist mehrstufig: Ihn kennzeichnet eine beständige und flexible Zusammenarbeit zwischen der Regionalregierung (Generalitat Valenciana) und der lokalen Ebene. Die Stadt beteiligt sich aktiv an regionalen Programmen, Projekten und Initiativen, die darauf abzielen, den regionalen Stimmen in allen Aspekten der Migration Gehör zu verschaffen. Organisationen der Zivilgesellschaft werden zunehmend als wichtige Akteure in die Gestaltung und Umsetzung der Migrationspolitik einbezogen.

Einwander:innen engagieren sich auf lokaler Ebene im **Gemeinderat für Einwanderung und Interkulturalität**. Auf regionaler Ebene sind sie durch die **Gemischte Kommission** an der Entwicklung der **Valencianischen Migrationsstrategie 2021-2026** beteiligt.

Politische Arbeit über die lokale Ebene hinaus?

Die offizielle Erklärung Valentias zur 'Ciutat Refugi' (Stadt der Zuflucht) im Jahr 2015 war mit einem Besuch der Vizepräsidentin der Region und Ministerin für Gleichstellung und Integrationspolitik in Geflüchtetenlagern verbunden. Tatkräftige zivilgesellschaftliche Unterstützung für Geflüchtete durch zahlreiche NGOs, Aktivist:innen und einzelne Familien, die auf dem Höhepunkt der Geflüchteten-Krise 2015 Wohnungen anboten, sowie eine virtuelle Gemeinschaft von mehr als 8.000 Menschen zeugen von der offenen Haltung der Stadt gegenüber Geflüchteten. Zusammen mit anderen progressiven Städten, wie Barcelona und Madrid, ist Valencia ein Hauptakteur des Widerstands gegen die restriktive nationale Migrationspolitik. Gemeinsam formulierten die Städte mehrere Anfragen an die nationale Regierung und traten für mehr Ressourcen und Kompetenzen zur Bewältigung der Situation auf kommunaler Ebene ein.



Bevölkerung

800.180

Lage

Valencia liegt an der Küste, im östlichen Teil Spaniens

Bürgermeister:in

Bis Mai 2023 Joan Ribó (progressive Regionalpartei Compromís)

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

Am 17. Juni 2018 kam die Stadt Valencia auf das Titelblatt aller wichtigen europäischen Zeitungen, nach dem sie ihren Hafen für die „Aquarius“ geöffnet hatte – ein Rettungsschiff mit 629 Migrant:innen und Geflüchteten an Bord, das an der Küste Libyens geborgen und im Vorfeld von Italien und Malta zurückgewiesen wurde. Deren Weigerung offenbarte das Ausmaß der Konfliktlinien in der Migrationspolitik der EU und verdeutlichte die tiefen Spaltungen zum Thema Migration innerhalb der EU.

Während die EU sich in eine weitere Migrationskrise verstrickte, wurden Migrant:innen und Geflüchtete in der Stadt Valencia von einem Team aus über 2.000 Menschen empfangen – darunter 470 freiwillige Dolmetscher:innen, 1.000 Freiwillige des Roten Kreuzes sowie Vertreter:innen des städtischen Sozialdienstes, der Stadt, der Region und des Bundes. Verschiedene Regierungsebenen koordinierten ihr Vorgehen, vor allem die Stadt und die Region Valencia (Generalitat Valenciana). Die Zivilgesellschaft, NGOs und ein breites Spektrum an Vereinen waren ebenfalls aktiv. „Valencia ist eine Stadt der Zuflucht... Es ist absolut unmenschlich, ein Schiff unter solchen Umständen stranden zu lassen. Wir werden tun, was von Nöten ist, damit Valencia der Hafen wird, an dem das Schiff anlegt“- **erklärte** Joan Ribó, Bürgermeister von Valencia.

Europäische Schlagzeilen lauten: **Valencia ist ein Beispiel für Menschlichkeit und Solidarität** (Euracity EU Newspaper); **Aquarius in Valencia: Spanien begrüßt Migrant:innen von umstrittenem Schiff** (BBC News); **Valencia, ein Beispiel für Europa** oder **Valencia erteilt der Welt eine Lektion** (La Vanguardia, Spanische Zeitung); **Valencia, ein Hafen der Menschlichkeit** (Levante, Regionalzeitung).

Ein progressives Migrationskonzept seit 2015

Die Migrations-/Geflüchteten-Krise von 2015, bei der tausende Menschen über das Mittelmeer oder auf dem Landweg über Südosteuropa in Europa ankamen, fiel zeitlich mit der Wahl einer neuen progressiven Regierung sowohl in der Stadt als auch in der Region Valencia zusammen. Vertreter:innen auf beiden Regierungsebenen bezogen deutlich Position und boten den Geflüchteten Unterstützung. Der Bürgermeister von Valencia Joan Ribó erklärte, direkt nach dem er 2015 an die Macht kam, Valencia zu einer 'Refuge City' „um Menschen zu unterstützen, die versuchen nach Europa zu kommen weil sie aus politischen, ökonomischen und Kriegsgründen vor tiefen humanitären Krisen fliehen.“

Ähnliches hörte man von der Vizepräsidentin der Region Valencia, Mónica Oltra im Jahr 2016: „die Region Valencia hat ausreichende Einrichtungen, um 1.400 Menschen unterzubringen (...) Wir warten nur darauf, dass die spanische Regierung, die die alleinige Verantwortung für die Außenpolitik trägt, die Regierung von Valencia die Genehmigung erteilt, die Ankommenden aufzunehmen...“

Diese Aussagen kennzeichnen einen neuen Ansatz für den Umgang mit Migration und Geflüchteten, der 2015 von einer neuen progressiven Koalition auf Stadt- und Landesebene eingeleitet wurde. Drei Eigenschaften zeichnen dieses neue Konzept für Migration und Integration der Stadt aus:

1. Die Einführung der allerersten **Migrationsabteilung auf städtischer Ebene**. Dieser Schritt war ein gewaltiger Sprung im Verhältnis zum bisherigen Umgang mit Migration. Er verlieh Migration eine neue symbolische Wichtigkeit und schaffte eine neue Verwaltungsstruktur sowie eine einzige Anlaufstelle für Migrant:innen (CAI) wo ihre Anliegen (Unterkunft, Ausbildung, sprachliche Integration, etc.) gebündelt bearbeitet werden. Außerdem wurde die bürokratische Belastung der Migrant:innen reduziert, die fortan verschiedene Aspekte der Immigration/Integration nicht mehr separat angehen mussten. Der Bereich Migration wird in drei Felder aufgeteilt: das CAI, den Sektor für Interkulturalität und den Sektor für Planung und Forschung:
 - ◆ **Die Anlaufstelle für Migrant:innen (CAI)** ist ein spezialisierter, einziger „Sammelpunkt“, der einen breiten Fächer an Diensten bietet, wie juristische Beratung, Sprachkurse, Ausbildungen und Beratung hinsichtlich der Schritte zur Aufenthaltserlaubnis und/oder Staatsbürgerschaft (Gutachten, Genehmigungen, Unterlagen). Diese Dienste werden sowohl Migrant:innen als auch Vereinen, die mit Migrant:innen arbeiten, angeboten.
 - ◆ Der **Sektor für Interkulturalität** beinhaltet zwei Bereiche. Der Sozialpädagogische zielt darauf ab, Raum für Interaktionen zwischen den lokalen Gemeinschaften und Migrant:innen zu schaffen, Vorurteilen entgegenzuwirken sowie eine Sensibilisierung zu fördern. Der Bereich für Teilnahme und Vielfalt fördert die Teilnahme und die institutionelle Anerkennung aller Gruppen innerhalb der Gesellschaft.

- ◆ Der Sektor für Planung und Forschung umfasst zwei Arbeitsbereiche: die Einrichtung einer Beobachtungsstelle zur Überprüfung und Planung der verschiedenen Aspekte von Migration und den Entwurf eines Konzeptes zu Migration und Entwicklungszusammenarbeit.

2. Migrant:innen und Migrant:innenverbände werden nicht mehr als passive 'Nutznießer:innen' öffentlicher Politik verstanden: sie sind ebenfalls aktive Protagonist:innen und politische Gestalter:innen, gleichgestellt mit NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zu diesem Zweck wurde eine neue Struktur zur politischen Partizipation im Jahr 2016 geschaffen, der **Gemeinderat für Einwanderung und Interkulturalität**, der als beratendes und repräsentatives Gremium konzipiert wurde, mit dem Ziel die Stimmen von Migrant:innen in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die Hauptkritik an dieser neuen Struktur, wie sie von einem Beamten des Stadtrats von Valencia geäußert wurde, besteht in der Unterrepräsentation von Migrant:innen und der Überrepräsentation von NGOs.

3. Ein neuer mehrstufiger Ansatz unter Einbeziehung aller Vertreter:innen wurde auf verschiedenen Regierungsebenen verabschiedet – zwischen Region und Stadt – sowie zwischen NGOs und Verbänden. Regionalen und lokalen Regierungen wurde eine größere Verantwortung für Migrant:innen und Integrationsmaßnahmen verliehen, da sie den Bürger:innen am nächsten stehen. Hierbei müssen drei Bestandteile hervorgehoben werden:

- ◆ Der **Gemeinderat für Einwanderung und Interkulturalität**, ein beratendes Gremium zur Stärkung der Stimmen von Migrant:innen und der Zivilgesellschaft, wurde im Jahr 2016 ins Leben gerufen. Dies war eine positive Errungenschaft in Bezug auf die Teilhabe von Migrant:innen an der politischen Entscheidungsfindung, doch ein Interview mit Stadtbeamten bestätigt, dass Migrant:innen im Lokalen Rat weiterhin unterrepräsentiert sind und immer noch Schwierigkeiten haben, Gehör zu finden. NGOs und Vereine tendieren dazu, die führende Stimme im Rat einzunehmen, was laut den Beamten nochmals überdacht werden sollte.
- ◆ Zwischen 2006 und 2016 wurde eine **übergreifende partizipative Studie** über Valencias zunehmende Vielfalt, ihre Charakteristika und Bedürfnisse durchgeführt (2019 veröffentlicht).
- ◆ Als Folge der Einbindung von Migrant:innenverbänden, NGOs und Forscher:innen in die Partizipationsprozesse wurde für die Jahre 2019 bis 2022 ein **Plan für lokale Migration und Interkulturalität** verabschiedet.

Veränderung in zwei Schritten

Das neue, 2015 eingeführte Migrationskonzept kann in zwei Phasen eingeteilt werden: eine, (2015-2019), die sich der Schaffung von strukturel-

len Voraussetzungen für die neue Strategie widmete und eine zweite (2019-bis heute) während der zweiten Legislaturperiode derselben linken Koalition.

Der Zeitraum 2015-2019 war von einer starken politischen Unterstützung für Migration geprägt. Dies wurde durch die Schaffung einer neuen Abteilung für Migration erreicht, mit einer neuen Struktur, die den Zugang zu Migrations- und Integrationsdiensten vereinfacht, indem diese in einer einzigen „Anlaufstelle“ gebündelt wurden. Der zweite Zeitraum (2019 bis heute) bedeutet einen Ausbau dieses Ansatzes. Ein neuer **lokaler Plan für Migration und Interkulturalität** (2019-2022) wurde erstellt. Besonderes Augenmerk wurde während des Vorhabens auf weibliche und junge Migrant:innen gelegt.

Mehrstufige Zusammenarbeit

Um den Migrationsansatz der Stadt Valencia vollständig zu erfassen, muss die enge Zusammenarbeit zwischen der regionalen Regierung (Generalitat Valenciana) und der Stadt berücksichtigt werden. Wie die Generaldirektorin für Gleichstellung in Vielfalt der Regionalregierung zu verstehen gab, „ist eins der Ziele der vor kurzem verabschiedeten **Valencianischen Migrationsstrategie 2021-2026**, die Stärkung und Ausweitung des **PANGEA Netzwerkes**: ein von der Regionalregierung von Valencia entwickeltes Netzwerk, das darauf abzielt Migrations- und Integrationsmaßnahmen auf lokaler Ebene zu koordinieren, um soziale Einrichtungen stärker zu unterstützen, vor allem solche, die sich mit Wohnraum und Integration beschäftigen.“

Aufzählung der wichtigsten Akteure in der Konzeption und Verwaltung von Migrationspolitik

Institutionelle Akteure

- ◆ Regionalregierung (Generalitat Valenciana)
- ◆ **Regionales Ministerium für Gleichstellung und integrative Politik**. Generaldirektorat für Gleichstellung in Vielfalt
- ◆ Derzeitiger politischer Rahmen für Migration: **Valencianische Migrationsstrategie 2021-2026**

Lokale Regierung

- ◆ **Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit und Migration**. Stadt Valencia
- ◆ Derzeitiger politischer Rahmen für Migration: **Der Lokale Plan für Migration und Interkulturalität** (2019-2022)

Struktur der politischen Teilhabe

Der Gemeinderat für Einwanderung und Interkulturalität, ein beratendes Gremium zur Stärkung der Stimmen von Migrant:innen und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Es gibt 81 Mitglieder und zwei Verbände von Beobachtern:innen. Die vollständige Liste finden Sie hier.

Zivilgesellschaftliche Verbände und NGOs:

Cear-pv, Accem, Creu Roja València, Atelier Ongd, Cedsala, Collectiu Sud-cacarica, Entreiguales-València, Entrepobles, Collectiva de dones Refugiades, Exiliades i Migrades a Espanya, Mundubat, Perifèries, Intersindical Valenciana und Sodepau

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1. Valencia: Zufluchtsstadt. Zivilgesellschaft und Institutionen arbeiten Hand in Hand.

Am 25. September 2015, erklärte der Bürgermeister von Valencia, Joan Ribó, die Stadt zu einer "Refuge City" einer "**Zufluchtsstadt**", eine Initiative, unter Leitung der **Stadt Barcelona**, mit dem Ziel lokale Maßnahmen zu entwickeln um die wachsenden Anzahl an Geflüchteten, die in Europa ankommen, zu unterstützen.

Vor der öffentlichen Erklärung hatte die Zivilgesellschaft bereits eine Antwort auf die wachsende Anzahl der in Spanien ankommenden Geflüchteten organisiert: mehr als 150 Aktivist:innen nahmen an einer Versammlung mit verschiedenen Tätigkeitsfeldern teil, 400 Familien öffneten ihren Türen, um Geflüchtete bei sich aufzunehmen und mit dem Hashtag #ValenciaCiutatRefugi wurde auf Facebook eine virtuelle Gemeinschaft von mehr als 8.000 Menschen gegründet. Diese **zivilgesellschaftliche Initiative** gehörte keiner politischen Partei an, bildete eine zivilgesellschaftliche Plattform und ersuchte ein Treffen mit dem Bürgermeister von Valencia, um die Maßnahmen zu koordinieren.

Die Stadt Valencia schloss sich der Initiative schnell an und wurde damit Teil des von Barcelona geleiteten spanischen Refuge City-Netzwerks (Xarxa de Ciutats Refugi), welches sich bei jährlichen Treffen über Initiativen, Projekte und Praktiken austauscht. Das Netzwerk spricht als eine gebündelte Stimme mit der Regierung und fordert mehr **Ressourcen auf lokaler Ebene**, da dies die Ebene ist, die der Bevölkerung am nächsten ist.

Wie der (für die Koordination zuständige) Stadtbeamte Barcelonas es ausdrückte: „Das Netzwerk hat seine Aktivitäten aufgrund einiger kontextueller Veränderungen nach dem Jahr 2018 reduziert. Aber Ende 2020, als im Staatshaushalt für 2021 kein Budget für die Integration und die Aufnahme von Asylbewerber:innen vorgesehen war, wurde es wieder sehr aktiv. Dies, sowie die ‚Geflüchteten-Krise‘ auf den Kanarischen Inseln, führte dazu, dass das Netzwerk in einem gemeinsam an die spanische Regierung gerichteten **Schreiben** erneut eine stärkere Finanzierung auf lokaler Ebene forderte (Dezember 2020).“

Diese Forderung nach mehr Handlungsspielraum auf lokaler Ebene wird von einigen der bekanntesten NGOs, die mit Geflüchteten arbeiten, unterstützt, wie CEAR in ihrem jüngsten **Bericht von 2021** bestätigt.

Ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Stadt und NGOs ist das Projekt **Meine Stadt, deine Zuflucht** (La meua ciutat, el teu refugi). Diese Initiative hat zum Ziel, Unterstützung für schutzbedürftige Menschen bereitzustellen (juristische Beratung, finanzielle Unterstützung, Unterkünfte, Hilfestellung bei den Formalitäten). Außerdem bietet sie Fortbildungen und Schulungen in Sachen Menschenrechte und internationale Schutzgesetze für Verbände, Beamten, usw. an. Das Projekt wird von zwei NGOs, ACCEM und CEAR-PV, verwaltet, mit finanzieller Unterstützung des Stadtrats von Valencia.

Darüber hinaus wurde eine App entwickelt, **València Ciutat Refugi**, die in fünf Sprachen grundlegende Informationen über die von der Stadt angebotenen öffentlichen Dienstleistungen bietet.

Ein öffentliches Netzwerk zur Unterbringung von Migrant:innen

Im Jahr 2019 führte die Stadt eine Kampagne zur Bereitstellung von Unterkünften für Geflüchtete ein, mit dem Ziel für über 582 Menschen in der Stadt ein Zuhause zu finden – was angesichts der steigenden Mietpreise in der Stadt Valencia dringend erforderlich ist. Der Generaldirektor für Gleichstellung in Vielfalt der Regionalregierung, José de Lamo, erklärte in einem Interview, dass eins der Hauptziele der aktuellen Regierung darin besteht, ein öffentliches Netzwerk von Unterkünften/Wohnraum für Migrant:innen und Geflüchteten zu schaffen, welches von verschiedenen NGOs über mehrjährige Vereinbarungen mit der Regionalregierung verwaltet wird.

Dieses Projekt ist aus mehreren Gründen beispielhaft:

- a)** Es verbindet die Forderungen der Zivilgesellschaft nach mehr Unterstützung für Geflüchtete mit der politischen Unterstützung der Stadt Valencia. Diese Unterstützung ist nicht nur rhetorisch – sie enthält konkrete Maßnahmen, was die dringendsten Bedarfe betrifft, wie zum Beispiel Unterkünfte für Geflüchtete.
- b)** Es verbindet den lokalen Ansatz Valencias im Umgang mit Geflüchteten mit einem breiten Netzwerk an lokalen Ansätzen innerhalb Spaniens dank des Netzwerks ‚Ciudades Refugio‘. Dieses Netzwerk stellt der nationalen Regierung, die immer noch die alleinige Befugnis in Asyl- und Geflüchtetenangelegenheiten innehat, ein einheitliches Auftreten entgegen.

3.2 Das Projekt „Laut gegen Rassismus.“: (Apuja el to contra el racisme). Enge Zusammenarbeit mit dem Bildungssystem von Valencia

Einer der Schwerpunkte der progressiven Koalitionsregierung in Valencia ist die Bekämpfung von Stereotypen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Netzwerk „**Speak Loud Against Racism**“ (Laut gegen Rassismus) in Valencia wird in immer mehr Schulen implementiert. Aus mehreren Gründen ist dies inspirierend:

- a)** Schüler:innen der Primar- und Sekundarstufe diskutieren über wichtige Themen wie Migration, Flucht und Inklusion.
- b)** Es bekämpft Stereotype durch Spiele, Filme, Musik, interaktive Projekte und die Bereitstellung von Fakten und Zahlen (als Gegengewicht zu einer zunehmenden Anzahl von Fake News) über Migration und geflüchtete Menschen.
- c)** Das Projekt bietet einen interkulturellen Ansatz für den Lernprozess der Schüler:innen (einheimische Schüler:innen werden mit den neuen Realitäten der Stadt vertraut gemacht– neue Sprachen, neue Kulturen, neue Geschmacksrichtungen – zugleich lernen die Neuankömmlinge die lokale Gesellschaft kennen.) Der interkulturelle Fokus basiert auf einem beidseitigen Lernprozess. Er beinhaltet Workshops für Lehrkräfte und Schüler:innen.
- d)** Das Projekt ist das Ergebnis einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung zwischen Einrichtungen der Zivilgesellschaft (MCI (Moviment contra la Intolerància), MPDL (Moviment per la Pau), València Acull, Associació La Casa Gran), Grund-, Sekundar- und Berufsschulen, sowie der Stadtverwaltung von Valencia.
- e)** Es handelt sich um eine sehr erfolgreiche Initiative: Immer mehr Schulen in ganz Valencia schließen sich dem Projekt an. Die Teilnahme ist ganz einfach: Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Twitter- und Instagram-Account werden bereitgestellt, um mehr über das Projekt zu erfahren. Die Schulbehörde muss sich verpflichten, das Projekt in die Aktivitäten der Schule einzubeziehen.

3.3 Valencianisches Programm für den integralen Schutz und die Erstaufnahme von Migrant:innen und Geflüchteten (Programa Valencià de Protecció Integral i d'Acolliment de Defensors i Defensores de Drets Humans)

Die Stadt Valencia finanziert das **Valencianische Programm für den integralen Schutz und die Erstaufnahme von Migrant:innen und Geflüchteten**, während die NGO CEAR-PV es in Zusammenarbeit mit einer Reihe weiterer NGOs verwaltet, die im Bereich Menschenrechte und Migration tätig sind (Atelier Ongd, Cedsala, Colectivo Sur-Cacarica, Entreguales-Valencia, Entrepobles, Colectiva de mujeres refugiadas, Exiliadas y migradas en españa, Mundubat, periferies, Intersindical Valenciana und Sodepau).

Hauptziel des Programms ist es, Menschenrechtsaktivist:innen, die aufgrund ihres Aktivismus und Engagements für Menschenrechte aus ihrem Herkunftsland geflohen sind, eine sichere Umgebung zu bieten. Das Programm richtet sich insbesondere an Aktivist:innen aus Lateinamerika, die sich für den Schutz indigener Völker, LGBTIQ-Rechte, Frauenrechte und den Schutz ländlicher Gemeinschaften einsetzen.

Über einen Zeitraum von sechs Monaten erhalten die Teilnehmer:innen soziale Unterstützung, psychologische Betreuung und Schulungen. Sie nehmen außerdem an Sensibilisierungskampagnen öffentlicher und privater Einrichtungen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft teil, die darauf abzielen, ein Solidaritätsnetzwerk aufzubauen und somit die Menschenrechte in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren zu stärken. Das Programm läuft auf jährlicher Basis weiter.

Das Projekt ist aus mehreren Gründen beispielhaft:

- a) Erstens erhalten Geflüchtete die Möglichkeit, den lokalen Behörden und der Öffentlichkeit ihre Erfahrungen zu schildern, wodurch die lokale Bevölkerung Sensibilität für die schwierigen Lebensbedingungen in anderen Teilen der Welt entwickeln kann.
- b) Zweitens avancieren die an dem Programm teilnehmenden Geflüchteten zu „Botschafter:innen“ für viele andere Geflüchtete und Asylbewerber:innen, die sich in ihren Herkunftsländern in ähnlichen Situationen befinden, wodurch deren Sichtbarkeit aus menschenrechtlicher Perspektive erhöht wird.

3.4. Das Valencia „Inclou Project“ (Inklusives Valencia)

Valencia Inclou ist eine Kooperationsvereinbarung, die im November 2020 von der Regionalregierung und der Stadtverwaltung von Valencia unterzeichnet wurde. Ziel ist es, die Integration von Migrant:innen und Geflüchteten in der Stadt zu vereinfachen. Wie die Regionale Vizepräsidentin und Ministerin für Gleichheit und Maßnahmen zur Inklusion, Mónica Oltra, und der Bürgermeister von Valencia Joan Ribó, es formulierten „ist es ein Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden, um das Leben von Migrant:innen zu verbessern.“ Im Projekt liegt ein besonderer Fokus auf der Unterbringung von Migrant:innen und Geflüchteten sowie Beratung und Schulung für neue Eingetroffene, damit sie in ihrer neuen Stadt selbstständig zurechtkommen. Valencia inclou umfasst über 68 Plätze in Unterkünften und Häusern. Das Budget für dieses Projekt beträgt 220.000€ für das erste Jahr (2021).

Das Projekt ist aus mehreren Gründen inspirierend:

- a) Mietpreise sind eines der größten Probleme für alle Bewohner:innen Valencias – obwohl Wohnen ein Grundbedürfnis ist. Deswegen haben Stadt und Region ein gemeinsames Projekt entwickelt mit einem Budget, das vollständig dem Wohnraum gewidmet ist.
- b) Es ist ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Regierungsebenen.

3.5 „Agermanament Comunitari Valencià“. Ein Beispiel für gemeinschaftliche Zusammenarbeit für koordinierte Aufnahmeprozessen

Die Regionalregierung von Valencia hat das Projekt Agermanament Comunitari Valencià zur Aufnahme von Geflüchteten initiiert und Gastfamilien in den Prozess einbezogen. Es handelt sich um eine Zusammenarbeit zwischen dem valencianischen Regionalministerium für Gleichstellung und Integrationspolitik, dem spanischen Ministerium für soziale Sicherheit und Migration, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (Web) (UNHCR) und den sozialen Einrichtungen ‘Servei Jesuïta a Migrants Spain’ sowie ‘Càritas Diocesana Segorbe-Castelló, Orihuela-Alacant und València’.

„Agermanament Comunitari Valencià“ (Aktion der Valencianischen Gemeinschaft) wird als Pilotprojekt in fünf Städten der Region Valencia durchgeführt, darunter auch in der Stadt Valencia selbst, und unterstützt Migrant:innen beim Einleben in der neuen Umgebung. Die Angebote reichen von Spanischkursen über Hilfe bei der Erstellung von Lebensläufen bis hin zur Arbeitssuche und schließlich zur Schaffung eines Raums für das Zusammenleben von Einheimischen und Neuzuwander:innen. Es

wird von zwei lokalen NGOs und finanziell von der Regionalregierung unterstützt. Das Projekt wird von zwei lokalen Nichtregierungsorganisationen unterstützt und von der Regionalregierung finanziert.

Das UNHCR initiierte das Projekt erstmals 2016 in Kanada. Vor Valencia wurde es in Spanien bereits im Baskenland umgesetzt. Aufgrund der positiven Resonanz auf diese Pilotprojekte wird es nun in anderen Regionen umgesetzt.

Das Projekt ist aus mehreren Gründen inspirierend:

- a) Das Projekt involviert internationale, regionale und lokale Behörden sowie NGOs und lokale Einzelpersonen.
- b) Migration wird als ein wechselseitiger Prozess gedacht. Den Neuzuwander:innen wird die Möglichkeit geboten, in einer Gastfamilie Kultur, Sprache und Werte der Aufnahmegesellschaft kennenzulernen. Gleichzeitig beteiligt sich die lokale Gesellschaft aktiv, als Gastfamilien, über „lokale Führungen“ und indem sie mehr über die Lebensgeschichten der Migrant:innen erfährt. Räume des Zusammenlebens entstehen dank Synergien auf verschiedenen Regierungsebenen.

Eine Möglichkeit, die Migrationspolitik der Stadt und der Region zu verbessern - wie Interviews mit der CEAR-PV NGO nahelegen - wäre ein langfristiger Ansatz bei allen Projekten und Initiativen, die gemeinsam von Behörden und NGOs entwickelt werden. Anstatt Projekte auf kurzfristiger Basis zu subventionieren, für die die NGOs regelmäßig einen exzessiven Verwaltungsaufwand betreiben müssen, um sich um Fördermittel zu bewerben, fordern NGOs mehr mehrjährige Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Akteur:innen (regionale/städtische Behörden und NGOs), um effizienter zu arbeiten und das Fachwissen der Organisationen zu nutzen, die seit Jahren in diesem Bereich tätig sind.

Dies ist eines der Probleme, die von einigen NGOs angesprochen und von den regionalen Behörden bestätigt wurden. Die befragten NGOs sagten zudem, dass die neue Koalitionsregierung eng mit ihnen zusammenarbeite.

Ein weiteres verbesserungswürdiges Element - wie im Interview mit einem Beamten der Stadt von Valencia erwähnt - ist die Kopplung von mehr Unterstützung und Budget für Migration an eine Aufstockung des Personals. Die Stadtverwaltung von Valencia ist personell unterbesetzt und kann nicht alle Projekte so schnell entwickeln wie vorgesehen. Dies wurde von den politischen Verantwortlichen bestätigt.

Der Umgang mit Migration und Geflüchteten in Zeiten von COVID-19

Die COVID-19-Pandemie war eine große Herausforderung für die Stadt- und Regionalregierung. Da es in der Stadt keine öffentlichen Unterkünfte gibt, mussten Wohnhäuser und Einrichtungen wie Sportanlagen in Wohneinrichtungen umgewandelt werden. Diese wurden von NGOs

verwaltet und von der regionalen und lokalen Regierung finanziell unterstützt. Sowohl die befragten regionalen als auch die lokalen Repräsentant:innen bestätigten die Komplexität dieser Aufgabe.

4. Interessenvertretung und Vernetzung

Valencias Haltung gegenüber Geflüchteten und Migration wirkt auf mehreren Ebenen: die öffentliche Erklärung Valencias zu einer „Refuge-City“; der Besuch der Regionalen Vizepräsidentin und Ministerin für Gleichheit und Maßnahmen zur Inklusion in den Lagern für Geflüchtete; Inklusionsmaßnahmen für die Geflüchteten-Lager auf Lesbos im Jahr 2016; starke zivilgesellschaftliche Unterstützung für Geflüchtete von zahlreichen NGOs, individuellen Familien, die ihre Türen während des Höhepunkts der Geflüchteten-Krise im Jahr 2015 öffneten; und die Gründung einer virtuellen Gemeinschaft von mehr als 8.000 Menschen.

Ebenfalls beachtlich: die zunehmende politische Anerkennung auf lokaler und regionaler Ebene; die Teilhabe der bedeutendsten Akteur:innen (NGOs, Migrant:innenverbände, Zivilgesellschaft) an der lokalen und regionalen politischen Entscheidungsfindung; ein wachsendes Budget für die Verwaltung von Migrationsprogrammen und die stetige Forderung nach finanziellen Ressourcen auf der lokalen Ebene, um der steigenden Anzahl an Geflüchteten, die in der Stadt ankommen, gerecht zu werden.

Einige unterstützende Aussagen:

„Wir müssen eine Antwort auf die Regelung der (Geflüchteten-)Situation finden. Zu wissen wie mit Geflüchteten umzugehen ist, ist eine sehr wichtige Aufgabe. Die Städte Barcelona und Valencia können nicht allein bleiben.“ **bekundete** der Bürgermeister von Valencia Joan Ribó im Jahr 2015 und forderte die Regierung auf „sich gegenüber den Geflüchteten verbindlich zu engagieren“. In diesem Sinne richtete sich Bürgermeister Ribó während eines Treffens mit dem Papst im Jahr 2016 im Rahmen des **Europäischen Gipfels der Zufluchts-Städte** mit demselben Anliegen an den Vatikan. Dabei plädierte er für die Schaffung eines solidarischen Städte-Netzwerkes in Zusammenarbeit mit Geflüchteten aus einer menschenrechtlichen Perspektive.

Das Spanische Bündnis progressiver Städte

Madrid, Barcelona, Zaragoza und A Coruña plädieren alle für einen stärker auf Menschenrechte ausgerichteten Ansatz und für eine Übertragung von Kompetenzen auf die Kommunen. Die fünf Bürgermeister:innen adressierten ein **Schreiben** an die spanische Regierung, um Kooperationsmechanismen zur Bewältigung der humanitären Krise zu etablieren. Die Bedeutung der lokalen Ebene wurde dabei hervorgehoben, da diese der Bevölkerung am nächsten steht und somit wirksamere politische Maßnahmen umsetzen kann.

Dieser Antrag wurde vom spanischen 'Refuge-City-Netzwerk' gestellt. Im Jahr 2017 hat das Netzwerk dem so genannten **Barcelona Manifest** für Städte und dem Geflüchteten Szenario für ganz Spanien zugestimmt. (Declaració de Barcelona. Les ciutats davant de la realitat del refugi en l'Estat espanyol). Das Netzwerk forderte die Regierung dazu auf, die Städte zu berücksichtigen, da „auf der lokalen Ebene die unmittelbaren Bedürfnisse gedeckt werden: Unterkunft, Bekleidung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ausbildung und Schulungen, sprachliche Integration, usw.“. In diesem Rahmen und um der Rolle der Städte in der Geflüchteten- und Migrationspolitik eine größere politische Außenwirkung zu verleihen, beschloss das 'Refuge-City-Netzwerk', sein Treffen im Jahr 2018 im Spanischen Parlament (Congreso de los Diputados) abzuhalten und forderte mehr Ressourcen und Verantwortung. Diese Forderung wurde im Laufe der Jahre von allen Städten, die dem 'Refuge-City-Netzwerk' angehören, immer wieder eingebracht.

Die jüngste Initiative war ein gemeinsamer **Antrag** von zwölf Städten an die spanische Regierung im Dezember 2020 vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl von Migrant:innen, Geflüchteten und unbegleiteten Minderjährigen, die an der spanischen Küste ankommen.

In diesem Sinne haben NGOs wie CEAR-PV die Regierung und die EU wiederholt dafür kritisiert, dass sie bei Fragen von Migration und Geflüchteten einen Grenzkontroll- und "Festungs"-ähnlichen Ansatz verfolgen und nur sehr wenigen Asylanträge stattgeben – nur einem von 20, wie aus ihrem jüngsten **CEAR-PV-Bericht (2021)** über Asyl und Migration hervorgeht.

Die Kernaussagen der valencianischen Geflüchteten- und Migrationspolitik:

- ◆ Ein stärker auf humanitäre Hilfe ausgerichteter Asyl- und Migrationsansatz und weniger Fokus auf Sicherheit/Grenzschutz
- ◆ Mehr Befugnisse für Regionen und Städte, da sie den täglichen Bedarfen des Migrationsmanagements am nächsten stehen.
- ◆ Mehr finanzielle Mittel für Regionen und Städte, um den aktuellen Realitäten von Migration gerecht zu werden.

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

- ◆ Im Juni 2023 wurde María José Catalá (PP) zur neuen Bürgermeisterin von Valencia gewählt. Ihre konservative Partei (PP: Partido Popular) erzielte bei den Kommunalwahlen die meisten Stimmen.¹ Auf regionaler Ebene hat die konservative PP ebenfalls die Wahlen 2023 gewonnen und geht mit der rechtspopulistischen Partei Vox in die Regierungskoalition.² Das seit 2015 regierende linke Bündnis Valencias wird somit sowohl auf kommunaler als auch auf regionaler Ebene abgelöst. Vox plant die Ausweisung von Einwander:innen ohne regulären Aufenthaltsstatus und die Einstellung der Subventionierung von Vereinen, die mit Migrant:innen arbeiten.³ Der bisherige Multi-Level- und Multi-Akteur:innen-Ansatz mit dem Ziel einer solidarischen, kommunalen Aufnahme- und Inklusionspolitik von Geflüchteten, der durch die enge Zusammenarbeit zwischen der Regionalregierung, der Stadt Valencia und zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht wurde, ist deshalb gefährdet.

- ◆ Valencia hat als 'Ciutat Refugi' zusammen mit Castellón und Alicante im ersten Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs 39.000 ukrainische Geflüchtete aufgenommen. Gemessen an der Einwohner:innenzahl hat die valencianische Region die meisten ukrainischen Flüchtlinge in Spanien untergebracht. Mit einem eigens aufgestockten Budget für die städtische Migrationsstelle (Centro de Atención a la Inmigración, CAI) wurden bis Ende 2022 etwa 13.000 Kinder ins valencianische Bildungssystem eingeschrieben.⁴

- ◆ Das 'Gemeinschaftspatenschaftsmodell' aus dem Projekt 'Agermanament Comunitari Valencià' (siehe Inspiring Approach) wurde nach einer erfolgreichen Pilotphase (2020-2022) als Aufnahmeprogramm in Valencia eingeführt.⁵ Es unterstützt Migrant:innen mithilfe engmaschiger Betreuung und Gastfamilien beim Einleben in der neuen Umgebung.

¹ <https://www.publico.es/resultados-elecciones/municipales/2023/municipio/3446250/valencia>

² <https://www.handelsblatt.com/politik/international/wahlen-spanische-konservative-koalieren-in-region-valencia-mit-rechtspopulisten/29203618.html>

³ <https://cadenaser.com/comunitat-valenciana/2023/06/18/los-colectivos-migrantes-reclaman-al-pp-valenciano-que-siga-su-programa-electoral-y-no-cumpla-el-pacto-con-vox-radio-valencia/>

⁴ <https://lanostraciutatelteurefugi.com/una-respuesta-satisfactoria/>

⁵ <https://inclusio.gva.es/documentos/162705074/371714061/Executive+Summary+ACV.pdf/2abc02f1-e94b-a189-1ad6-ffa-f5a93f099?t=1683530968683>

Moving Cities bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städte aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: www.moving-cities.eu

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>
